



Antrag

Vorlage-Nr:	13/ANT/1679
Status:	öffentlich
Einreicher:	Jörg Gleisenstein, Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion DIE LINKE; Sven Hornauf Fraktion DIE LINKE.
Datum:	19.04.2013
Fundtierunterbringung kurz- und mittelfristig sicher stellen	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
02.05.2013	Stadtverordnetenversammlung

Fundtierunterbringung kurz- und mittelfristig sicher stellen

Beschlussvorschlag:

1. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, ein Konzept für die Verwahrung von Fund- und Verwahrtieren ab dem Jahr 2014 zu erstellen und der Stadtverordnetenversammlung bis September 2013 vorzulegen.
2. Ein solches Konzept soll Aussagen zur kurzfristigen (ab dem Jahr 2014) und mittelfristigen Sicherstellung der Aufgaben der Stadt bei der Aufnahme, Verwahrung und Betreuung von Fund- und Verwahrtieren (Hunde, Katzen und Kleintiere) enthalten.
3. Gegebenenfalls notwendige zusätzliche Investitionen oder Sachkosten sind im Rahmen der Haushaltsberatungen zu berücksichtigen und von der Verwaltung darzulegen.

Begründung:

Bei der Bergung, Abholung und Verwahrung von Fund- und Verwahrtieren handelt es sich um eine Aufgabe der Städte und Gemeinden (Runderlass des Ministeriums des Innern von 1993). Bei der Gewährleistung dieser Aufgabe spielen allerdings auch die Tierschutzvereine eine große Rolle – wie auch eine Anhörung im Innenausschuss des Landtags am 11.4.2013 ergab.

In Frankfurt (Oder) gibt es zur Sicherstellung dieser Aufgabe eine vertragliche Vereinbarung mit einer privaten Tierpension sowie mit dem örtlichen Tierschutzverein. Allerdings endet die Unterbringung von Hunden in der Tierpension zum 31.12.2013. Aus diesem Grunde gibt es einen dringenden Handlungsbedarf.

Die Unterbringung von Katzen ist seit 1999 über eine Vereinbarung mit dem Tierschutzverein teilweise abgesichert – auch wenn der derzeitige Bedarf in manchen Monaten mehr als dreimal so hoch ist, wie es die Vereinbarung abdeckt. Dieser nicht finanzierte Bedarf verursacht dem Tierschutzverein große finanzielle Lasten und kann deshalb auch nicht als dauerhaft zufrieden stellend und gesichert angesehen werden.

Eine externe Ausschreibung (Interessenbekundung) dieser Aufgabe für ein Tierheim im Jahr 2012 hat offensichtlich auch zu keinem Erfolg geführt.

Daher ist es notwendig, dass die Stadt Frankfurt (Oder) ein Konzept und eine Strategie entwickelt, wie sie die ihr zugewiesene Aufgabe erfüllen kann. In eine solche Konzeptentwicklung sind auch die örtlichen zivilgesellschaftlichen Akteure, insb. der Tierschutzverein, einzubeziehen und Möglichkeiten der interkommunalen Kooperation mit den benachbarten Ämtern, Gemeinden und Landkreisen zu prüfen. Soweit es möglich ist, sollte eine mittelfristige Lösung auch mit den zuständigen Partnern auf polnischer Seite abgestimmt sein.

Entscheidungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mit Mehrheit	<input type="checkbox"/>	zurückgezogen
<input type="checkbox"/>	Ja	<input type="checkbox"/>	Nein	<input type="checkbox"/>	Enthaltung
<input type="checkbox"/>	lt. Beschlussvorlage	<input type="checkbox"/>	abweichend	<input type="checkbox"/>	abgelehnt
<input type="checkbox"/>	zur Kenntnis genommen				
überwiesen					
Ausschließung § 22 BbgKVerf		Es wurden keine Ausschließungsgründe angezeigt.			
Wiedervorlage					